

# dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 14/2020

## WIEDER NORMAL?

Die Sommerferien gehen, Corona aber bleibt. So manch ein Mitbürger hat das Virus aus dem Urlaub im Risikogebiet importiert. Ob die Schulen im Lande gut auf die Rückkehr zum Präsenzunterricht vorbereitet sind oder wurden, wird sich erst in den kommenden Wochen zeigen. Bis Ende Oktober jedenfalls wird es seitens der Politik keine weiteren Lockerungen geben. Im Gegenteil: Maskenmuffel im ÖPNV droht jetzt eine sofortige Strafe von 50 Euro.

## Letzte Ehre für Helmut Deckert



### Landesleitung gedenkt verstorbenem Helmut Deckert

Die Landesleitung des dbb Hessen und Weggefährten hatten am 10. August am Grab des plötzlich verstorbenen Vorsitzenden der Seniorinnen- und Seniorenvertretung, Helmut Deckert, Abschied von dem langjährigen und engagierten Gewerkschafter genommen,

nachdem die Corona-Beschränkungen eine Teilnahme an der offiziellen Beisetzung nicht zuließen. Deckert war im Frühjahr unerwartet an den Folgen einer Lungenentzündung verstorben. Er liegt in Gelnhausen begraben.

### Richtungweisende Urteile des BVerfG zu Besoldung in Berlin und NRW

Das Bundesverfassungsgericht hat am 4. Mai noch unter dem Vorsitz des damaligen Präsidenten Andreas Voßkuhle mit seiner Entscheidung zur Alimentation von Richtern und Beamten in Berlin seine bisherige Rechtsprechung weiter verfestigt und erneut konkretisiert. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass Richterinnen und Richter bestimmter Besoldungsgruppen im Bundesland Berlin von 2009 bis 2015 verfassungswidrig zu geringe Bezüge erhielten.

Das Bundesverfassungsgericht hat auch weiter konkretisiert, wie die Frage zu klären ist, ob in einem Rechtskreis die Nettoalimentation der Beamten in der untersten Besoldungsgruppe und Erfahrungsstufe den Mindestabstand zur Grundsicherung aufweist und welcher Zusammenhang aufgrund des generellen Abstandsgebots mit den darüber liegenden Besoldungsgruppen besteht. Für Berlin wurde festgestellt, dass dieser Mindestabstand bei weitem verfehlt wird. Damit hat das BVerfG die vom Bundesverwaltungsgericht bereits am 22.09.2017 hierzu vertretene Rechtsauffassung bestätigt und konkretisiert.

"Der dbb Hessen begrüßt die Entscheidungen des BVerfG v. 4. Mai ausdrücklich, denn bei den drei in Hessen anhängigen Klagen geht es auch um die Frage des Mindestabstands der Nettoalimentation zur Grundsicherung, zu deren Beantwortung wir nun noch mehr Klarheit haben. Wir hatten uns darauf verständigt, die Verfahren des dbb Hessen vor dem VGH Hessen und vor dem VG Wiesbaden ruhen zu lassen, bis das BVerfG entschieden

hat“, so der Landesvorsitzende Heini Schmitt. Über den Fortgang der hessischen Verfahren werden wir berichten.

Das Land Berlin muss nun spätestens ab 1. Juli 2021 verfassungskonforme Regelungen treffen. Die Kläger selbst und die Berliner Richterinnen und Richter, die von 2009 bis 2015 Widerspruch gegen die Höhe ihrer Besoldung eingelegt hatten, bekommen rückwirkend mehr Geld für die Jahre, in denen sie widersprochen hatten.

Und es gab noch ein weiteres Urteil mit genau derselben Stoßrichtung: die Besoldung bestimmter kinderreicher Beamtengruppen in den Jahren von 2013 bis 2015 war verfassungswidrig zu gering. Konkret geht es in dem am 29. Juli 2020 veröffentlichten Beschluss um Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe R 2 in Nordrhein-Westfalen mit drei berücksichtigungsfähigen Kindern im Jahr 2013 sowie mit vier berücksichtigungsfähigen Kindern in den Jahren 2014 und 2015, deren Besoldung dem von Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz gewährleisteten Alimentationsprinzip in diesen Zeiträumen nicht genügte.

## Expertenanhörung im Landtag zu Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Corona bestimmt zwar immer noch in weiten Teilen die öffentliche Diskussion. Aber Vorfälle wie in Dietzenbach und rund um den Frankfurter Opernplatz haben den Blick auf ein Dauerbrennerthema zurückgelenkt: Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der Zivilgesellschaft.

Auf Betreiben von vier Fraktionen des hessischen Landtags findet dazu am Donnerstag, 27. August, im Landtag eine Expertenanhörung zum Thema statt. Dazu wurde dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt um eine schriftliche Stellungnahme gebeten. Er wird auch für den dbb Hessen an der Anhörung teilnehmen.

Ebenfalls als Expertin geladen ist Prof. Dr. Britta Bannenberg von der Uni Gießen. Sie hatte im Auftrag des dbb Hessen eine Studie zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes durchgeführt, die Mitte Februar in der Geschäftsstelle des dbb Hessen vorgestellt worden war. Für die Studie hatten mehr als 2100 Beschäftigte anonymisiert ihre Gewalterfahrungen bei ihrer Berufsausübung berichtet.

## Aktuelle Coronaregeln

Bis Ende Oktober sieht die hessische Landesregierung keinen Handlungsbedarf, um Regelungen zu lockern, was den Umgang mit Corona und geltenden Sicherheitsbestimmungen betrifft. Neu ist, dass ab sofort all diejenigen mit 50 Euro zur Kasse gebeten werden sollen, die meinen, die Maskenpflicht in Bussen und Bahnen und im ÖPNV gelte für sie nicht.

Schülerinnen und Schüler sollen zunächst auf dem Schulgelände und den Gängen, nicht jedoch im Klassenraum selbst eine Mund-Nasenbedeckung tragen. Alle weiteren Neuerungen und Anpassungen haben hat die Redaktion der Hessenschau schön kompakt und übersichtlich zusammengefasst:

<https://www.hessenschau.de/index.html>

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: [presse@dbb-hessen.de](mailto:presse@dbb-hessen.de).

**Aktuelle Nachrichten auch immer via Twitter: <https://twitter.com/dbbhessen> Folgen Sie uns!**



**dbb**  
vorteilswelt



**dbb**  
**vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah